

Meinung sein, daß wir verpflichtet sind, und dieser Formallität nochmals zu unterziehen, so stellen wir hiermit den Antrag, am

Donnerstag, den 7. März in Halle a. S. den Schlichtungsversuch vorzunehmen.

Mit Rücksicht auf das Ergebnis des soeben beendigten Schlichtungsversuches glauben wir annehmen zu dürfen, daß auch sie die Vertragspflicht bereits für beide Teile als erfüllt betrachten und sehen Ihrer gest. poltwendungen Nachsicht entgegen.

Hochachtungsvoll
Julius Spieth.

Hierauf gaben wir folgende Antwort:

Cöln, 1. März 1912.

An den geschäftsführenden Vorstand des Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes f. d. Schneidergewerbe München.

Antwortlich ihres Schreibens vom 29. Februar teilen wir Ihnen mit, daß wir die Schlichtungsverhandlungen durch die Schlussklärung des Herrn Schambel als gescheitert zu betrachten gezwungen sind und es somit der Formallität eines neuerdings anzuführenden Schlichtungsversuches nicht bedürfte, die Generalaussperrung Ihrerseits durchzuführen.

Im Interesse des Friedens im Gewerbe würden wir es jedoch begrüßen, wenn durch eine neuerliche Aussprache der Hauptvorstände die noch schwebenden Differenzpunkte beseitigt werden könnten, was um so eher möglich sein dürfte, als sich die Vorstände der Arbeitnehmer bereit erklärten, auf Grund der letzten Angebote der Arbeitgeber die Verhandlungen fortzuführen, wozu wir nach wie vor bereit und überzeugt sind, daß sich auf diese Grundlage eine Einigung erzielen läßt.

Sobald Ihr Antrag nicht bloß als eine Formsache zu betrachten ist, stimmen wir denselben gerne zu und sehen Ihrer weiteren Entschlieung entgegen.

Hochachtungsvoll

J. A.: A. Schwarzmann.

Auf unser Antwortschreiben an den „Abo“ ging am 4. d. Mts. folgendes Schreiben ein:

„Den Eingang Ihres Schreibens vom 1. crt. beständig, teilen wir Ihnen mit, daß wir mit Rücksicht auf die vollständige Uebereinstimmung hinsichtlich der Auslegung des § 12 des Generalvertrages auf einen weiteren Schlichtungsversuch verzichtet. Unser vorgestern gestellter Antrag ist somit hinfällig. Wir zeigen Ihnen gleichzeitig an, daß die von unserem Hauptvorstand in seiner Sitzung vom 26. Februar beschlossene Generalaussperrung am 9. März zur Durchführung kommt.“

Damit hat der Arbeitgeberverband das letzte Entgegenkommen der Arbeitnehmer, nach welchem sie sich bereit erklärten, nochmals in Verhandlungen zur Schlichtung der noch bestehenden Differenzen einzutreten, zurückgewiesen und damit zu erkennen gegeben, daß er von vornherein den Kampf wollte.

Das Zentralorgan gibt in einer Extraausgabe die Zahl — der bis jetzt freitrenden und ausgesperrten Kollegen auf 12 — 13000 an. Diese Zahl ist, nach uns vorliegenden Berichten viel zu hoch gegriffen und durfte 8 — 9000 nicht überschreiten. Bemerkenswert ist, daß sich eine Anzahl Firmen der vom Streit betroffenen Orten der gegebenen Weisung des „Abo“ am 2. März die Betriebe für alle Branchen zu schließen nicht nachgegeben sind. Auch die Parole der Generalaussperrung hat in weiteren Kreisen der Arbeitgeber nicht den freudigen Wiederhall gefunden, wie es das „Zentralorgan glauben machen will, denn uns sind eine ganze Reihe Gegenstimmen sowie Austrittserklärungen aus dem „Abo“ gemeldet.“ In Berlin will es anscheinend schon gar nicht klappen, da Ende dieser Woche eine große Versammlung für die Aboamitglieder dort stattfinden soll in welcher die Herren Schwarz und Schambel als Redner auftreten und alle Hauptvorstandsmitglieder des „Abo“ teilnehmen werden, Beschlüsse jedoch, wie das „Zentralorgan“ bemerkt nicht gefaßt werden sollen. Dazu kommt die Nachricht aus Berlin, daß eine Versammlung des 600 Schneidermeister zählenden Arbeitgebervereins beschlossen hat die Forderungen der Gehilfen anzuerkennen. Auch in zahlreichen anderen Orten sind Tarifabschlüsse mit den Gehilfen erfolgt.

Herr Knöcklein und — die Wahrheit.

In den Nummern 22 und 26 von 1911 der Schneider-Zeitung sind Berichte enthalten über eine, von unserer Zahlstelle Nürnberg einberufene öffentliche Versammlung zur Nr. 26 wurde Herr Knöcklein nochmals aufgefordert, für seine in der Versammlung ausgesprochenen Behauptungen den Beweis zu erbringen. Nach längerem Zögern hat sich der Lokalbeamte und p. t. Gemeindevorstand Knöcklein doch bewegen gefunden, eine Antwort zu geben. In Nr. 5 der Jahrgangszählung von 1912 ist folgendes zu lesen:

Die christliche Schneider-Zeitung hat sich kürzlich mit den Ausführungen beschäftigt, die Kollege Pfeiffer und ich in einer christlichen Versammlung gemacht haben sollen. Dieselben sind so entstellt wieder gegeben, daß eine Mithingstellung oder Diskussion wertlos ist. Wer wie wir in Bayern jetzt anlässlich der Wahlen täglich sieht und hört, daß nicht nur Zeitungen und Flugblätter die ungläublichsten Lügen und Verleumdungen gegen andersdenkende schreien, sondern daß diese unnabbe Kampfesweise nicht einmal vor Verleumdung und Kangel Halt macht, wird sich nicht wundern, daß auch die christliche Schneider-Zeitung in der gleichen Weise kämpfte. Mich lassen

derartige unwahre Verichte kalt, und meine Zeit ist zu weiteren Erwiederungen zu schade.

Nürnberg, den 24. Januar 1912.

J. Knöcklein.

Gut begrüßt Löhne! Nur schade, daß damit nichts bewiesen ist. Anstatt daß Herr Knöcklein seine leichtfertigen Behauptungen beweisen würde, hat er noch den traurigen Mut, die Schneider-Zeitung in Zusammenhang mit den bayerischen Landtagswahlen zu bringen und ihr so indirekt politische Tendenz zu unterstellen. Abgesehen davon, daß wir nicht einsehen, was die bayerischen Landtagswahlen mit unseren Verichten und der öffentlichen Versammlung zu tun haben, gehört schon eine große Portion Mut dazu, zu behaupten, die Verichte in der Schneider-Zeitung seien so entstellt, daß sich Herr Knöcklein auf keine Diskussion, ja nicht einmal auf eine Verichtigung einlassen kann. Wir glauben es Herrn Knöcklein recht gern, daß er nichts zu berichten hat, weil wir bloß Zitate anführen ihm und eine Diskussion könnte sehr unangenehm werden.

Wir stellen nochmals fest: 1. Herr Knöcklein hat in der Versammlung am 2. Oktober v. J. behauptet:

„Diejenigen, die bei uns (dem freien d. V.) hinausgeschliffen werden, spielen bei den Christlichen eine Rolle“ — weiter — „Dreiviertel Raum der Schneider-Zeitung wird verwendet gegen den freien Verband.“

Hätte er diese Behauptungen nicht aufgestellt, so wäre es nicht möglich gewesen, daß Kollege Frei in seinem Schlusswort Herrn Knöcklein nach Namen solcher Kollegen — und auch nach der Nummer der Schneider-Zeitung — gefragt hätte.

2. Nicht die Verichte in der Schneider-Zeitung waren entstellt, sondern die Herren Genossen waren es, die es fertig brachten, die in der Versammlung abgegebene Erklärung in ihrem Verbandorgan in entstellter Weise wiederzugeben.

3. Wir behalten alle bisher gemachten Angaben aufrecht, ganz gleich, ob es Herrn Knöcklein möglich ist, darauf einzugehen, oder nicht.

Es ist ja nicht das erste mal, daß Herr Knöcklein in einer Versammlung eine Behauptung aufstellt, nachher aufgefordert zu beweisen, es vorgezogen hat, zu knifeln. Unsere Kollegen werden nun wissen, wie sie Herrn Knöcklein einzuschüchtern haben. Das Urteil über Herrn Knöcklein und seine Kampfesweise überlassen wir der Öffentlichkeit.

Jr. —

bohnbewegungen und Differenzen.

Weitere Lohnbewegungen in der Maßbranche werden gemeldet aus Nishaffenburg, Schweinfurt, Speyer und Würzburg.

Verbandsnachrichten.

Mitglieder! wadet Euch durch pünktliche Beitragszahlung Eure Rechte an den Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstande befindet, hat seinen Anspruch auf Unterstützung verliert.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 10. Wochenbeitrag für 1912 und der erste Extrabeitrag fällig, worauf wir unsere Mitglieder in ihrem eigenen Interesse aufmerksam machen.

Benanntmachung.

Angesichts des uns aufgewungenen Kampfes hat der Zentralvorstand in seiner Sitzung vom 3. März einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Für die erste Woche des Streiks bezw. der Ausperrung wird keine Unterstützung gewährt. (Diese Maßnahme wird von den drei in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen durchgeführt).

2. Alle vom Streit oder der Ausperrung nicht betroffenen männlichen Mitglieder aller Branchen haben für die Monate März und April einen wöchentlichen Extrabeitrag von 50 Pfennig eben dem Wochenbeitrag als Pflichtbeitrag zu entrichten. Den weiblichen Mitgliedern ist es auf besonderen Wunsch aus ihren Kreisen freigestellt, den Extrabeitrag ganz oder zum Teil zu leisten. Extramartern sind den Zahlstellen bereits zugegangen. Wo dieselben nicht ausreichen, ist dies sofort zu melden. Der Extrabeitrag ist ganz an die Hauptkasse abzuführen.

3. Zuschüsse für die statutarisch festgesetzten Streituoterstützung dürfen nicht gewährt werden. Im übrigen verweisen wir auf die den Zahlstellen zugegangenen Rundschreiben und richten an alle Verbandsmitglieder den dringenden Appell, sich in dem schmerzlichen Kampf den Beschlüssen und Anordnungen des Zentralvorstandes und der Lokalverwaltungen zu fügen.

Folgende Zahlstellen werden ersucht, die Anmeldung der Ortsverwaltungen in den nächsten Tagen zu betätigen, um das Adressverzeichnis für 1912 fertig stellen zu können. Amorbach, Bamberg, Bielefeld, Bochum, Darmstadt, Dresden, Eisenfeld, Hanau, Hausen, Heilbronn, Jochenheim, Kissingen, Königslberg, Königshütte, Laupheim, Leidersbach, Lohr, M. Gladbach, Ratibor, Ruhrort, Somborn, Speyer 2, Stettin.

Der Zentralvorstand.
J. A.: A. Schwarzmann.

Aus den Zahlstellen.

Geschäftsbericht der Zahlstelle Breslau vom Jahre 1911.

Das Jahr 1911 hat große Ansprüche an unsere Organisation gestellt und können wir demgemäß auch von guten Erfolgen berichten.

Nachdem mit Schluss des Jahres 1911 die Verhandlungen mit dem Abo den Abschluß eines Tarifes für die Beamtenuniformbranche brachte, standen wir zum Beginn des Jahres in einer Lohnbewegung der Herren- und Knabenkonfektion. Und leicht wurde es uns gewiß nicht gemacht, diese Bewegung zum erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Ueber den Verlauf der ganzen Bewegung ist bereits früher berichtet.

Die Verhältnisse lagen recht ungünstig für die Bewegung. Einmal spielten die Arbeitgeber die Arbeitnehmer gegeneinander aus, indem gesagt wurde, Der und Der macht zu dem Preis, während auf der anderen Seite das Vertrauen zur Organisation sehr schwach war, weil der im Jahre 1906 geführte Streik erfolglos verliefen und der im Jahre 1907 abgeschlossene Tarif nach einjähriger Dauer von den Arbeitgebern außer Kraft gesetzt und nachher zum Teil weniger bezahlt worden war als vorher. Diese Situation wohl erkennend, glaubten die Arbeitgeber auch nicht unseren Forderungen weiter entgegenkommen zu brauchen. Doch endete die Bewegung nach einem fünfwöchentlichen Streik mit dem Abschluß eines Tarifes und einer durchschnittlichen Lohnmehrung von 10—12 Prozent.

Der Ziviltarif wurde mit 14 Firmen, der Militärtarif mit einer Firma neu abgeschlossen. Auch hier stehen noch eine Reihe Firmen aus, die bisher den Tarif nicht anerkannt haben.

Auch waren einige Tarifdurchbrechungen zu erleben, welches bei unterm Doppeltariffsystem besondere Schwierigkeiten bereitete.

Das Strafschiedsgericht wurde seitens unseres Verbandes einmal in Anspruch genommen. Wir wurden aber mit unserer Klage abgewiesen, weil es sich um ein Stück handelte, welches 6 Tage früher gefertigt, als der in Betracht kommende Tarif von den Hauptvorständen übernommen war.

Nachstehend wird ein Briefwechsel mit dem gemeinnützigen Volksbüro teilt. Außerdem wurden von uns noch 8 Klagen am Gewerbegericht eingereicht und vertreten, und einmal als Beklagte vollen Erfolg erhielt. Steuererkennungen wurden 3, und eine Verurteilung angefertigt.

Der Arbeitsnachweis wurde reformiert und in einzelnen Monaten er in Anspruch genommen.

Mit einem Mitgliederbestand von 329 traten wir ins neue Jahr. Aufgenommen wurden 280 männliche und 200 weibliche. Zugereist kamen 11 Kollegen. Aus anderen Verbänden traten 12 männliche und 2 weibliche zu uns über. Ausgetreten bezw. ausgeschieden wurden 196 männliche und 78 weibliche. Abgereist sind 38 Mitglieder, während 1 gestorben ist, sodas wir mit einem Mitgliederbestand von 481, davon 151 weibliche, abgeschlossen. Demgemäß wurde der Markennachschuß um 5277 festgesetzt. An die Hauptkasse wurden 4128,29 M. abgeführt.

An Unterstützungen wurden 12318,87 M. ausbezahlt, davon 240,40 an Krankenunterstützung, während nur 18,62 M. für Reisegeld verausgabt wurden, was einen sehr schwachen Durchschnittsverbrauch nachweist. An Streikuoterstützung wurden 12053,95 M. verausgabt.

An Versammlungen, Sitzungen und Verhandlungen fanden 136 statt, wovon 39 auf die Maßbranche, 9 auf die Uniformbranche und 49 auf die Herrenkonfektion entfielen. Die Korrespondenz weist 1950 Postausgänge auf.

Am 1. Febr. fand die Wahl der Vertreter zur Ortsratenkasse für das Schneidergewerbe statt.

Nachdem der Kassenvorstand in Verbindung mit dem freien Verband es ablehnte, unseren Verband entsprechend bei der Auffstellung der Vertreterliste zu berücksichtigen, stellten wir vom Sozi. Ausschuß eine eigene Liste auf, welche dann auch mit einer Mehrheit von 88 Stimmen gewählt wurden. Die neuen Vertreter und der neue Vorstand übernahmen die Kasse nicht in der besten finanziellen Lage.

Obwohl die Bewehrung von Kranenbehl vom 1. Tage und für Sonn- und Feiertagen als eine berechtigzte Forderung anerkannt werden muß, mußte dennoch die Bemerkung der Kasse als erste Aufgabe angesehen werden, um den berechtigzten Forderungen entsprechen zu können. Der nächste Jahresbericht wird schon von einer Besserung berichten können.

Waren wir so im vorjährigen Jahre befreit, die Intereffen unferer Mitglieder nach den verschiedenden Richtungen hin zu vertreten und zu wahren, so wöhlen wir nicht verhehlen, daß dabei auch Schwierigkeiten zu überwinden waren. Es sei an dieser Stelle daher denen, die mitgeholfen haben die ganze Sache vorwärts zu bringen, nochmals der beste Dank abgeseht. Auch im neuen Jahre sieht uns noch ein Berg von Arbeit gegenüber, der nur bewältigt werden kann durch Verteilung der Arbeitslast auf recht viele Schultern. Der Zeitaufwand ist bisher vielwieweit zurückgestellt worden. Gute haben der Organisation, nachdem sie nach kurzer Mitgliedschaft keinen materiellen Erfolg direkt sahen, wieder den Rücken gekehrt. 196 männliche und 78 weibliche schieden aus dieser Ursache im Laufe des Jahres aus. Das ist auferordentlich viel. Wenn auch ein Teil davon wieder neu gewonnen wurde, so zeigt die Tatsache uns dennoch den Weg, den wir mehr als bisher geben müssen. Die Fokierung der Beiträge an Wochentagen ist vielfach nicht möglich. Viele Kollegen und Kolleginnen wünschen wöchentlichl taftzeit zu werden. Das ist unmöglich, wenn nicht mehr als bisher Personen sich zur Mitarbeit bereit finden. Noch stehen der größte Prozentatz hier auferhalb der Organisation. Diese für uns zu gewinnen, muß eine der ersten Aufgaben sein. Wenn der freie Verband in seinem Bericht von 20 Uebertritten vom christlichen Verband berichtet, so beweist der Inhalt nachfolgender Karte, daß nicht die Ueberezeugung immer die Ursache des Uebertretens ist. Die Karte lautet:

En den Vorstand des

Verbandes christl. Schneider
Breslau, Mauritiuspl. 4 II.

Teile hierdurch mit, daß meine Tochter aus dem christlichen Schneider-Verband austritt und in den anderen Verband übertritt, weil sie sonst von ihrem Meister nicht beschäftigt wird, wenn sie dem christlichen Verband weiter angehört.

Achtungsvoll
Karl Pollt.

Martha Pollt
Michaelstr. 25 II.

Der Meister, um den es sich hier handelt, war Mitglied des „freien“ Verbandes und so „frei“, daß er seiner Mäherin Freiheit mit Füssen glaubte zu treten müssen. Ein anderer Vater hat seiner Tochter sogar das Haus verwiesen, wenn sie noch weiter im christl. Verband bleibe. Sogar härtere Drohung wurde angeboten, jedoch ohne einen Erfolg in diesem Falle zu erzielen. Ueber eine Reihe weitere, gewaltsamer Herüberbringungen können wir berichten. Nicht immer müssen unsere Kollegen und Kolleginnen die richtige Antwort zu geben, weil der Wunsch der Versammlungen, wo Aufklärung über all diese Fragen geschaffen wird, oft zu wünschenswert liegt. Auch hier muß es in diesem Jahre

